

Erhard Crome

Woher und wohin? Zur Analyse der osteuropäischen Transition

Der postkommunistische Wandel in Osteuropa¹ gehört zu den politikwissenschaftlichen Forschungsthemen, die heute auf einer konjunktuellen Woge schwimmen. Gefragt wird nach den Ursachen und Verlaufsformen des Zerfalls realsozialistischer Herrschaft, dem Verhältnis zwischen Gesellschaft und politischem System in der Transitionsperiode, der institutionellen Ausgestaltung, Stabilität und Akzeptanz der neuen Ordnung. Damit im Zusammenhang steht der Versuch, Aussagen über aktuelle Trends und Szenarien einer Entwicklung zu treffen, deren Wesen und Ziel zu meist ausgesprochen oder unausgesprochen vorgegeben wird: Nachholende Modernisierung hin zu Marktwirtschaft und liberaler Demokratie.

Dabei hat gerade die Ostforschung einigen Grund, sich mit selbstkritischer Zurückhaltung an Prognosen und Einschätzungen zu wagen. Und dies nicht nur wegen des Vorwurfs, sie habe versagt, da sie die Implosion des Realsozialismus nicht vorhersagt hätte. Schwerwiegender ist eigentlich die offensichtliche Unfähigkeit der Wissenschaft, sich von den konjunkturellen Wendungen der Politik zu emanzipieren.² Im Gegenteil, ihr Mainstream ist stets der Politik gefolgt: In den Hoch-Zeiten

* Dr. habil. Erhard Crome, Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

- 1 Der Verfasser hält es nach wie vor für sinnvoll, bei der vergleichenden Betrachtung der Transformationsprozesse im europäischen Osten den Begriff „Osteuropa“ als Chiffre für die Bezeichnung der gesamten Gruppe ehemals realsozialistischer Staaten bzw. Gesellschaften zu verwenden, etwa im Unterschied zu „Südeuropa“, das als zusammenfassender Name für Spanien, Portugal und Griechenland in der mittlerweile umfangreichen wissenschaftlichen Transformationsliteratur eingebürgert ist. Das schließt ein, bei der Erörterung der post-realsozialistischen Transitionsprozesse auch Ostdeutschland, die frühere DDR, stets mit einzubeziehen.
- 2 Der aus Ostdeutschland kommende Autor setzt hier voraus, daß die Unfähigkeit der früheren in der DDR und in Osteuropa stattgehabten Osteuropaforschung, den Zusammenbruch des Realsozialismus nicht vorhergesagt zu haben, und zwar sowohl in der damals öffentlich gemachten Publizistik als auch in den internen Studien, allgemein bekannt ist. Für die östliche (offizielle) Politik-Forschung war der Zusammenhang von Politik und Forschungsakzenten stets gesetzt: in der Zeit des offenen Kalten Krieges wurde über Klassenkampf und Imperialismus geschrieben, in der Zeit der Entspannung über Koexi-

des Kalten Krieges argumentierte sie im „main stream“ entlang den klassischen Totalitarismus-Theorien und erwartete den baldigen Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft, übersah dabei allerdings die auch im realsozialistischen System vorhandenen stabilisierenden Strukturelemente; in Zeiten der Entspannung wurde eine verstehende Sichtweise vorherrschend, die der Äquivalenz der Systemkomponenten industriegesellschaftlichen Typs entscheidendes Gewicht beimaß, jedoch die Häufung von Dysfunktionalitäten des realsozialistischen Systems aus dem Blick verlor; in den 80er Jahren wurde zwar wieder verstärkt im Sinne des „Reiches des Bösen“ argumentiert, dabei jedoch die Stabilität des kommunistischen Herrschaftssystems eher über- als untertrieben, um der Hochrüstungspolitik Argumente zu liefern. Als dann der Osten zusammengebrochen war, schlug im Gefolge des politischen Aufräumens die Stunde derer, die von der „verstehenden Analyse“ verdrängt worden und/oder schlichten antikommunistischen Totalitarismusansätzen treu geblieben waren.³

So überrascht es auch nicht, wenn unter den gegebenen politischen Kräfteverteilungen unsere heutige real existierende liberale Demokratie mit den gegenwärtigen politischen Gewichtsverteilungen zum Maß aller Dinge im Transitionsprozeß gemacht wird. Wolfgang Merkel verweist beispielsweise darauf, daß Teile des ungarischen Verfassungsrechts aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik übernommen wurden, daß Ungarn (im Gegensatz zu Polen) „die erfolgversprechendsten institutionellen Voraussetzungen für die Konsolidierung der jungen Demokratie aufweist“ und sich seiner politischen Stabilität auch deswegen erfreue, weil es „bisher das einzige Land war, in dem sich eine relativ homogene Mitte-Rechts-Koalition in der Regierung etablierte.“⁴ Eine genauere Betrachtung der Szenerie in Ungarn zeigt demgegenüber, daß diese Mitte-Rechts-Koalition eine Reihe von Problemen des Transitionsprozesses gerade nicht gelöst hat, daß sie sich in vielem eher

stenz und Kooperationsmöglichkeiten, in der Zeit neuerlicher Konfrontation über Hochrüstung und Ende der 80er Jahre (seitens aufgeschlossener Forscher) über Friedensfähigkeit des Westens, Neues Denken und globale Probleme. Der Zusammenbruch des Realsozialismus kam jedoch nicht vor. Ausführlicher siehe: Erhard Crome/Jochen Franzke, Die Osteuropaforschung der DDR in den achtziger Jahren: Strukturen und Schwerpunkte, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Bonn, Heft 5/1991.

- 3 Vgl. Gerhard Simon, Die Osteuropaforschung, das Ende der Sowjetunion und die neuen Nationalstaaten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 52-53/1992; Randall Collins/David Waller, Der Zusammenbruch von Staaten und die Revolutionen im sowjetischen Block: Welche Theorien machten zutreffende Voraussagen?, in: Hans Joas/Martin Kohli (Hrsg.), Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt am Main 1993
- 4 Wolfgang Merkel, Systemwechsel: Probleme der demokratischen Konsolidierung in Ostmitteleuropa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 18-19/1994, S. 3,7.

mit der Machterhaltung als mit der Problemlösung befaßte (etwa in Gestalt des Bemühens, Rundfunk und Fernsehen aus liberalen, plural-kritischen Anstalten, die sie nach 1989/1990 geworden waren, erneut zu Einrichtungen regierungsnaher staatlicher Propaganda zu machen) und ständig damit kämpfen mußte, nicht in den autoritären Konservatismus der Zwischenkriegszeit abzugleiten (ganz zu schweigen von dem antisemitischen Nationalismus des István Csúrka). Das hatte zur Folge, daß Persönlichkeiten, die mit Entschiedenheit gegen die kommunistische Herrschaft und für zivilgesellschaftliche Verhältnisse in Ungarn gestritten haben, wie zum Beispiel György Konrád, bereits mit der „Demokratischen Charta '91“ ihre Kritik an der damaligen Vorgehensweise der Regierungskoalition deutlich machten. Zudem wird diese Regierung im Mai 1994 augenscheinlich gerade abgewählt.⁵

Die osteuropäischen Entwicklungen finden allerdings nicht nur das Interesse der klassischen Osteuropawissenschaft, sondern auch der umfangreichen vergleichenden Transformations- und Demokratisierungsforschung, die mit einem beachtlichen Fundus an empirischen Untersuchungen, methodischen Instrumenten, Erklärungsansätzen und Modellen wuchern kann.⁶ Hierzu gehören zunächst die Analysen zur Demokratisierung in Westdeutschland, Italien, Finnland und Japan nach 1945. Es gibt eine umfangreiche Literatur zu den Demokratisierungsprozessen in dem Bereich, der in der Politikwissenschaft „Südeuropa“ genannt wird, also Portugal, Spanien und Griechenland. Hinzu kommen umfangreiche Arbeiten zu Lateinamerika, neuerdings auch zum Fernen Osten, also Taiwan, Südkorea usw. Wissenschaftlich von Bedeutung sind darüber hinaus jene Arbeiten, die den Zusammenbruch von demokratischen Ansätzen, etwa in der Zwischenkriegszeit in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern zum Gegenstand haben.⁷ Darüber hinaus bieten die Forschungen zur Soziologie, Kultur und Geschichte Osteuropas wichtige Aufschlüsse über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und konkreten Ausformungen des politischen Wandels im postkommunistischen Raum. All dies ermöglicht ein theoretisch breiteres und methodisch differenzierteres Herangehen an die osteuropäische Transition. Dazu möchte auch dieser Aufsatz beitragen. Er wird sich mit vier Fragen befassen: Welches waren die kultur-, gesellschafts- und geistesge-

5 Siehe dazu: Csilla Machos, Demokratische Charta '91. Von der „alten“ zur „neuen“ ungarischen Opposition, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 4/1992 (dort auch der Wortlaut der Charta in deutscher Sprache); András Bozóki, Demokraten gegen Demokratie? Ziviler Protest in Ungarn seit 1990, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 5/1992; Csilla Machos, Nationalismus in Osteuropa nach dem Staatssozialismus, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 6/1993.

6 Vgl. Gabriel A. Almond/G. Bingham Powell Jr. (Hrsg.), Comparative Politics Today. A World View, 5. Auflage, New York 1992

7 In ihrem Stichwort „Systemwechsel“ verweisen Klaus von Beyme und Dieter Nohlen in einem kürzlich erschienenen Wörterbuch zur Politikwissenschaft darauf recht prononciert. Vgl. Dieter Nohlen (Hrsg.), Wörterbuch Staat und Politik, München/Zürich 1991, S.691.

schichtlichen Wurzeln der realsozialistischen Gesellschaften sowjetischen Typs? Wie waren diese Gesellschaften strukturiert und wie funktionierte politische Herrschaft? Welches sind die Dilemmata der Transition? Wie hat sich das politische Verhalten der Bevölkerungen seit 1989 entwickelt?

Woher kommt der Sowjetkommunismus?

Was für ein System war es, das da untergegangen ist? Die entscheidenden Gründe für das Ende des Realsozialismus lagen in seinem Inneren, in seinem Scheitern als politisches, wirtschaftliches, soziales und internationales System. So sind die Ursachen seines Fiaskos von seinem Wesen, seinen systemischen Funktionsweisen und Dysfunktionalitäten nicht zu trennen, letztlich nur aus diesen heraus zu erschließen. Dabei sollten auch die Entstehungsbedingungen in die Betrachtung einbezogen werden.

In Bezug auf die Scheiterns-Gründe sind gegenwärtig Versuche zweckgerichteter Legendenbildung zu verzeichnen. Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, daß gerade Autoren, die eine marxistische Position zu vertreten beabsichtigen, aus ihren politischen Gesichtswinkeln heraus die Problematik, warum denn der Realsozialismus zusammengebrochen ist, nicht von den tatsächlichen systemischen (objektiven) Ursachen her diskutieren wollen, sondern „Verrat“ bzw. persönliches (subjektives) Versagen dafür verantwortlich machen. So vermeint man, die hehre Idee des systemischen „Sozialismus“ von der schönsten, dahingeschiedenen Praxis abtrennen zu können, wohl um sie für bessere Zeiten zu bewahren. In alter Tradition wurde dem verblichenen „Trotzkismus“ und „Luxemburgismus“ nun ein „Gorbatschowismus“ an die Seite gestellt. Gorbatschow sei schuld, daß der Realsozialismus zusammengebrochen ist.⁸ Wie wenig in den wirklichen Verhältnissen der Gesellschaft verankert, wie moribund muß ein politisches System eigentlich sein, wenn das Handeln eines einzelnen Mannes - und sei es der Generalsekretär der kommunistischen Staatspartei - hinreicht, um das ganze Gebäude zum Einsturz zu bringen?

Der Realsozialismus entstand aus einem spezifischen Gefüge von Bedingungen heraus, in einer ersten Phase im Gefolge des ersten, in einer zweiten Phase mit dem zweiten Weltkrieg. Zu diesem Bedingungsgeflecht gehörten:

1. Die soziale Frage als Resultat des Spannungsverhältnisses von Kapital und Arbeit war mit der raschen Entwicklung der kapitalistischen Produktion offen und ungemildert hervorgetreten. Eine Lösung dieser Frage durch Schaffung eines grundsätzlich anderen, sozialistischen Gesellschaftssystems galt bei seinen Befürwortern,

8 Dies ist beispielsweise nachzulesen bei: Heinz Jung, Zur Verantwortung des Gorbatschowismus, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 14, Juni 1993. Ende 1993 fand dazu eine ausführlichere Diskussion in der Zeitung „Neues Deutschland“ statt, in der neben Jung auch andere derlei vertraten.

wie stillschweigend auch bei etlichen seiner Gegner, prinzipiell als möglich. Insofern wurde der sozialistische Revolutionsprospekt bzw. Gesellschaftsentwurf in der Selbstwahrnehmung wie in der Fremdwahrnehmung als der bürgerlichen Gesellschaft gegenüberstehend angesehen.

2. Der erste Weltkrieg war, genau betrachtet, gleichsam das Urereignis des 20. Jahrhunderts.⁹ Die bis dahin unerhörten Opfer, Leiden und Grausamkeiten dieses Krieges ließen viele Menschen in ihm das Ende der alten abendländischen Gesellschaft in ihrer kontinentalen Gestalt sehen;¹⁰ sie waren demzufolge offen dafür, eine grundsätzlich andere Gesellschaft (das konnte eine faschistische, aber eben auch eine sozialistische sein) als wünschenswert und als möglich anzusehen.

3. Marx' Ideen waren in ihrem Kern stets doppeldeutig. Dem Marx der kritischen Analyse der bürgerlichen Gesellschaft stand stets der der Verheißung des kommunistischen Utopia gegenüber.¹¹ Die These, das eine sei schlüssig aus dem anderen zu folgern, wurde durch ihre häufige Wiederholung nicht beweiskräftiger. Die Doppeldeutigkeit des Marx'schen Erbes bot jedoch die Möglichkeit unterschiedlicher Ableitungen, in der Theorie wie in der Politik. Der Arbeiterbewegungssozialismus im Westen Europas formte daraus zunächst im 19. Jahrhundert seine Parteideologie, die wiederum Anfang des 20. Jahrhunderts bei den Bolschewiki russifiziert und dann unter Stalin zur marxistisch-leninistischen Staatsideologie zunächst der Sowjetunion, dann des Realsozialismus sowjetischen Typs umgeformt wurde.¹² Insofern hat Marx mit Lenin und haben beide mit Stalin zu tun; prägend für den Realsozialismus war jedoch das Ergebnis jener Metamorphose des stalinistischen Marxismus-Leninismus, und zwar nicht nur als säkulare Staatsreligion, sondern auch als Denkmuster für Strategie und Politik der Parteien kommunistischen Typs, insbesondere der Eliten bzw. der „neuen Klasse“, der herrschenden Parteibürokratie des Realsozialismus.¹³

4. Der Realsozialismus als Epochenphänomen des 20. Jahrhunderts ist zudem nicht zu verstehen, ohne die Eigenheiten der russischen Gesellschaft und des russischen Imperiums in der Geschichte in den Blick zu nehmen. Gleichsam metaphorisch gilt: „Was der europäischen Zivilisation immanent war, trat Europa in Gestalt der USA und Rußlands als fremde geopolitische Mächte gegenüber.“¹⁴ Während

9 Vgl. Sebastian Haffner, Von Bismarck zu Hitler, München 1989, S. 10.

10 Vgl. Stefan Zweig, Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers, Berlin und Weimar 1985.

11 Vgl. Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen 1987.

12 Vgl. Helmut Fleischer, Epochenphänomen Marxismus, Hannover 1993; Wolfgang Ruge, Stalinismus - eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991.

13 Soziostrukturell halte ich die Idee der „Neuen Klasse“ zur Erklärung des Realsozialismus als Herrschaftssystem nach wie vor für erklärungsmächtig. Vgl. Milovan Djilas, Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, München 1958.

14 Michael Brie, Rußland und Europa. Gespaltene Zivilisation, verschiedene Weltregionen und ihr Verhältnis, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 2/1994, S. 39.

im Westen, zunächst in England, dann nach Nordamerika ausgreifend, ein europäischer Zivilisationstyp entstand, der auf gesicherten individuellen Rechten der Person, ihren politischen Partizipationsrechten und privatem Eigentum beruhte, konzentrierte sich in Rußland alles auf den Staat bzw. seinen Herrscher. „Der Staat tritt als Substituent und Imitator der sich eher durch die ‘bürgerliche Gesellschaft’ selbst tragenden westeuropäischen Entwicklung auf“, wodurch Rußland „zur ersten und wichtigsten antimodernen Macht der Moderne“ wurde.¹⁵ Ideologisch verband sich die russische Entwicklung mit dem Gedanken eines besonderen historischen Auftrags, der Idee vom „Dritten Rom“. Nach der Oktoberrevolution 1917 trat an die Stelle des Zaren der Generalsekretär, an die Stelle des „Dritten Roms“ die Idee von der kommunistischen Weltrevolution und an den Platz des russischen Dienstadels und der Popen die Nomenklatura der kommunistischen Partei. Zwischen den Eigenheiten des kommunistischen Herrschaftssystems Stalinschen Typs und den politisch-kulturellen Dispositionen in der vom Realsozialismus vorgefundenen russischen Gesellschaft existierte eine Kongruenz, die das jahrzehntelange Funktionieren jenes Herrschaftssystems in vielem erklärt.

5. In der fortgeschrittenen Phase des ersten Weltkrieges und nach diesem boten die Bolschewiki ideologische und politische Konzepte für die Inangriffnahme mehrerer Probleme der russischen Gesellschaft: Beenden der unsäglichen Opfer durch einseitigen Ausstieg aus dem Krieg; Lösung des sozialen Problems in Stadt und Land durch Enteignung; Errichtung einer starken Modernisierungsdiktatur, um die wirtschaftliche und technologische Zurückgebliebenheit des Landes (die sich im Verlaufe des ersten Weltkrieges hinsichtlich der militärischen Möglichkeiten Rußlands erneut, wie bereits im Krieg gegen Japan 1905, als das eigentliche Problem erwiesen hatte) zu beheben; „Proletarischer Internationalismus“ als wirksame nicht-nationalistische Ideologie, um die „russische Erde“ nach der Zeit der Wirren im Gefolge des Weltkrieges, der Revolutionen und des Bürger- und Interventionskrieges wieder einzusammeln.

6. In der eigentümlichen Situation nach dem zweiten Weltkrieg - der von der deutschen europäischen Mitte verursacht worden war und in dessen Ergebnis sich die angelsächsischen und die russisch-sowjetischen Zivilisationstypen als Siegermächte an der Elbe trafen - war es dieses spezifische ideologische, politische und kulturelle Gefüge, das in Rußland mit seiner Kultur und Zivilisation entstanden war, das auf die anderen Länder in Osteuropa übertragen wurde. Das hatte durchaus differenzierte Folgen. In Ländern mit industriellem Nachholebedarf (z.B. Rumänien, Bulgarien, Albanien) wurde die realsozialistische Modernisierungsdiktatur nachgeformt; für die kommunistische Führung Jugoslawiens war der Internationalismus als anti-nationalistisches Konzept für die Wiederherstellung des südslawischen Gesamtstaates von Interesse; für vordem entwickeltere Länder des Westens (Ost-

¹⁵ ebenda, S. 42.

deutschland, Tschechien) dagegen brachte die kommunistische Herrschaft auch wirtschaftlich eher einen Rückschritt.

In der sowjetischen Entwicklung und Politik verbanden sich stets unterschiedliche Momente, sie hatten gleichsam mehrere Schichten. Geopolitische Interessen wurden auf marxistisch-leninistische, weltsozialistische Weise verbrämt und artikuliert; tatsächlich der sozialistischen Weltsicht entspringende Interessen-Perzeptionen wurden teils als national-staatliche Interessen geltend gemacht. Insofern hat der Rekurs auf die nach dem Ende des Kalten Krieges hergestellte „europäische Wertegemeinschaft“ (Charta von Paris 1990) zwar den Ost-West-Konflikt als Systemkonflikt von Sozialismus oder Kapitalismus erübrigt, nicht aber den nicht systemgebundenen, geopolitischen Gehalt der Frage nach der Stellung Rußlands in Europa und in der Welt und nach dem künftigen Platz Osteuropas insgesamt ausgeräumt. In der System- und Blockkonfrontation der Nachkriegszeit standen sich zudem nicht schlicht anonyme Systeme gegenüber, sondern konkrete Staaten und Gesellschaften, die auf je spezifische Weise durch die Konfrontation geprägt und belastet wurden. Die Geschichte des Kalten Krieges, nicht als Geschichte von Haupt- und Staatsaktionen auf der Ebene von Präsidenten und Generalsekretären, sondern als Gesellschaftsgeschichte des Ostens - aber auch des Westens - ist erst noch zu schreiben.

Aus theoretischer Sicht, für die Analyse der Transitionsprozesse in Osteuropa, ergibt sich hier das Problem, welche Voraussetzungen für welche Veränderungen denn in der Tat bestehen, die nunmehr außerhalb des Denkens in Kategorien der Systemauseinandersetzung zu sichten sind. Ist die Veränderung der osteuropäischen Gesellschaften überhaupt als „Transformation“ von einem „System“ in ein anderes denkbar? Oder ist bereits diese Vorstellung ein Nachhall nicht nur der Systemauseinandersetzung, sondern recht eigentlich des Fortschrittsdenkens des 19. Jahrhunderts? Wenn akzeptiert wird, daß der Realsozialismus nicht eine Kopfgeburt irgendwelcher Verschwörer war, sondern Wurzeln in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts hatte, dann war er nicht schlichtweg ein „Irrweg“, nach dem man zur Tagesordnung des „rechten Weges“ übergehen kann, sondern das Problem ist dann, welche Möglichkeitsfelder sich nunmehr in einer völlig veränderten, neuen Situation in Europa und in der Welt eröffnen.

Reformulierung des Problems: Welche Gesellschaft, aus welchen Bedingungen?

Die Merkmale der überwundenen, realsozialistischen Gesellschaft sind nach wie vor in der Diskussion. Meines Erachtens erweist sich zur Charakterisierung des Herrschaftssystems des Realsozialismus eine analytisch gewendete Variante der Totalitarismus-Theorie als durchaus fruchtbar. Es handelte sich demzufolge um ein monistisches, stark zentralisiertes und bis in die Führungsspitze hinein streng hierarchisiertes Herrschaftssystem. An seiner Spitze stand eine sehr kleine Gruppe von

Individuen innerhalb der Nomenklaturstufe des Politbüros, die keiner demokratischen Kontrolle unterlag und auf institutionellem Wege nicht von der Macht verdrängt werden konnte. Eine derartige Konzentration und Zentralisation der Macht war nur möglich, weil und solange der Großteil einer sozial und ideologisch weitgehend gleichgeschalteten Bevölkerung sich zumindest teilweise mit dem System identifizierte und in seine politischen Organisationen eingebunden war, weil und solange ein differenziertes System sozialer Kontrolle wirksam blieb, das auf freiwilliger und manipulierter Einbeziehung in das politische System sowie auf einer Mischung von Belohnungen und Ängsten in einer nach außen relativ abgeschlossenen Gesellschaft basierte.¹⁶

Aus dem Herrschaftssystem kann jedoch nicht unvermittelt auf eine bestimmte Gesellschaft geschlossen werden. Auch das realsozialistische System ließ Freiräume in gesellschaftlichen Nischen; persönliche Netzwerke konterkarierten den Mangel in der „ersten“ Wirtschaft; informelle innerbetriebliche Verhandlungssysteme machten die Planerfüllung überhaupt erst möglich;¹⁷ intellektuelle Diskurskreise nahmen die Zivilgesellschaft vorweg, die sie für die gesamte Gesellschaft forderten. Insofern hat auch der totalitäre Staatssozialismus zu keiner Zeit und an keinem Ort in Europa die ganze Lebenswelt der Menschen und damit die gesamte Gesellschaft zu vereinnahmen vermocht. Hinzu kommt, daß der Abwicklung des sowjetischen Imperiums nicht nur ein politischer Entscheid in Moskau zugrunde lag, der in Malta zwischen den Supermächten ratifiziert wurde, sondern die massenhafte Aktivität der respektiven Bevölkerungen und bestimmter Elitenformationen in den einzelnen damals noch realsozialistischen Staaten selbst. Der Umbruch in Osteuropa hat einen politischen und gesellschaftlichen Lernprozeß in Gang gesetzt, der noch nicht abgeschlossen ist und auch nicht damit endet, daß ihn bestimmte politische Kräfte, in den Ländern selbst oder anderswo, für beendet erklären, weil der gerade erreichte Punkt ihren Interessen zu entsprechen scheint.

Der eben gebrauchte Begriff der „Gesellschaft“ bedarf allerdings noch der Präzisierung. Nach Ruben ist - im Anschluß an Tönnies - zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft zu unterscheiden. Gerade hier wird das gegenmoderne Wesen des Realsozialismus (im Unterschied zu vor-modernen Verhältnissen, wie wir sie vielfach noch in Entwicklungsländern vorfinden, darunter solchen, die Gegenstand von Studien der Transformationsforschung sind) deutlich und analytisch erfaßbar. Gesellschaft wird konstituiert durch relativ autonome Regulierungssysteme wie Märkte

16 Ausführlicher: Erhard Crome/Raimund Krämer, Die verschwundene Diplomatie. Rückblicke auf die Außenpolitik der DDR, in: WeltTrends Nr. 1, Berlin, September 1993. Siehe auch: Rudolf Bahro, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Frankfurt am Main 1977; Juan Linz, Totalitarian and Authoritarian Regimes, in: F. Greenstein / N. Polsby (Hrsg.), Macropolitical Theory, London u.a. 1975.

17 Vgl. Katharina Bluhm, Vom gescheiterten zum nachholenden Fordismus?, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 3/1991.

und Rechtssysteme. Hier ist der Mensch Person, die zu anderen Personen in Vertragsbeziehungen zu treten in der Lage ist. Gemeinschaft dagegen wird durch Kooperation und Kommunikation zwischen Individuen hergestellt. Insofern war es Kennzeichen des realsozialistischen Projekts - übrigens ganz im Sinne der ursprünglichen marxistischen Annahmen -, die Basisinstitutionen der Gesellschaft durch Vergemeinschaftungsformen zu ersetzen, an die Stelle von Marktwirtschaft, Kredit, Gewaltenteilung und politische Freiheit der Person Planwirtschaft, Gewalteinheit mit der Staatspartei als Zentrum und soziale Einbindung in Kollektive zu setzen.¹⁸ Transition unter post-realsozialistischen Bedingungen bedeutet daher nicht einfach Errichtung eines neuen politischen Institutionensystems unter Freisetzung zuvor begrenzter, aber vorhandener gesellschaftlicher Basisinstitutionen, sondern in vielem deren Neu-Schaffung (sofern sie vor dem Realsozialismus bereits existent waren) oder Schaffung (wo sie noch nie oder nur in Ansätzen existierten, weil die realsozialistische Gegenmoderne auf vormoderne Verhältnisse verpflanzt worden war).

In der Transitionsforschung gilt es daher zu fragen, welche Momente der gegenwärtigen Entwicklung, und zwar auf welche Weise, im Realsozialismus verursacht sind, und welche ihre Gründe anderswo haben. Analyse und Vergleich haben es mit im Grunde vier Schichten von Problemlagen zu tun. Es sind dies zunächst jene Probleme, die aus der ganzen weltgeschichtlichen Konstellation des europäischen Ostens herrühren. Sie sind vielfach lange vor dem Realsozialismus entstanden und haben differenzierte politisch-dynastische, sozialhistorische, wirtschaftsgeschichtliche, kultur-soziologische und national-ethnische Hintergründe.

Die Probleme, die dem Entstehen, der Existenzweise und dem Untergang des jeweiligen realsozialistischen Systems entspringen, bilden die zweite Schicht. War es durch eine eher autochthone Revolution, wie in Rußland oder Jugoslawien, oder im Troß der sowjetischen Truppen zur Macht gekommen? Herrschte die Partei bis zum Ende mit offenem Terror, wie unter Ceausescu in Rumänien, eher aufgeklärt patriarchalisch, wie Kádár in Ungarn, oder defensiv pragmatisch, wie Jaruzelski in Polen? Die kommunistische Macht hatte in allen osteuropäischen Ländern gemeinsame Züge und wies dennoch in jedem von ihnen ihre Spezifik auf.

Drittens ist es jene Formation von Ursachen, die dem Systemzusammenbruch und dem Übergang zu neuen Verhältnissen im engeren Sinne entspringt. Je nachdem, ob es einen politischen Pakt zwischen den aufgeklärten, gemäßigten Elitengruppierungen des alten Regimes und der Opposition (am „Runden Tisch“) gab oder nicht, ob der Wandlungsprozeß von „oben“, von aus der kommunistischen Partei kommenden Reformern, oder von „unten“ initiiert und geprägt wurde, ob es jahrzehntelange reformerische Bemühungen (wie in Ungarn) oder deren weitgehende Ablehnung (DDR, Tschechoslowakei) gab, vollzog sich der Übergang in unterschiedlichen Formen und Fristen.

18 Siehe dazu Peter Ruben in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 3/1993 und Heft 6/1993.

Die Entwicklung seit dem Ende des Realsozialismus, immerhin auch schon fünf Jahre Geschichte, bildet die jüngste, vierte Schicht. Beeinflußt von den drei ersten Schichten, geprägt von unterschiedlichen sich durchsetzenden politischen Kräften, politischen Traditionen, Konzepten und Institutionalisierungsvarianten sowie verstärkt durch die politischen Fähigkeiten der respektiven Akteure wurden neue Voraussetzungen für den weiteren Transitionsprozeß geschaffen, die zugleich neue Problemkonstellationen in sich tragen.

Auch für die post-realsozialistischen Gesellschaften gilt, was in anderen Transitions-Fallgruppen deutlich wurde: sozialer Wandel (oder Wandlungsdruck) kann politischen Wandel zur Folge haben; dieser kann unter bestimmten Umständen zum Zusammenbruch eines gegebenen politischen Systems führen; aus diesem kann unter wiederum bestimmten Umständen die Errichtung, Konsolidierung und Verstetigung demokratischer Verhaltensweisen und Verhältnisse hervorgehen, eine dauerhafte Schaffung demokratischer Institutionen und schließlich eines demokratischen Systems.

Aus den bisherigen vorliegenden Analysen von Transformationsprozessen ergibt sich am Ende, ob und unter welchen Umständen es tatsächlich gelungen ist, demokratische Verhältnisse herzustellen. O'Donnell/Schmitter schreiben im resümierenden Schlußteil ihres umfangreichen Werkes über die bisherigen Transitionsprozesse („Transitions from Authoritarian Rule“): „Die Hauptquelle der Unwägbarkeit hinsichtlich der Zeitdauer und des Ergebnisses der Transformation liegt darin, daß jene Faktoren, die notwendig waren und hinreichten, den Kollaps oder die Eigen-Transformation eines autoritären Regimes herbeizuführen, möglicherweise weder notwendig noch hinreichend sind, die Schaffung eines anderen, möglichst demokratischen Regimes zu sichern.“¹⁹ Aus dem Zusammenbruch des alten Regimes, auch des Realsozialismus, folgt eben nicht automatisch eine demokratische Entwicklung. Das ist das eigentliche Problem in Rußland und in vielen Teilen Osteuropas. In Deutschland ist die Situation immerhin etwas anders, aber ebenfalls nicht frei von möglichen Überraschungen. Die „Offenheit der Geschichte“ ist als gleichsam methodisches Grundprinzip allen Transitionsanalysen zugrunde zu legen.

Die Dilemmata osteuropäischer Transition

Fünf Jahre nach dem Beginn der Transition, die komplizierter und langsamer, als vielfach euphorisch erwartet, sowie von gegenläufigen Tendenzen begleitet verläuft, wird nach wie vor nicht nur diskutiert, inwieweit Analyseergebnisse anderer Transformationsprozesse sinnvoll auf Osteuropa übertragbar sind, sondern nachdrücklich auch zu den theoretischen Ausgangspunkten. Rolf Reißeig geht davon aus, daß

19 Guillermo O'Donnell / Philippe C. Schmitter, *Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Baltimore/London 1991, S. 65.

es für den „Versuch des Übergangs spezifischer realsozialistischer Systeme zu Konkurrenzdemokratien mit marktwirtschaftlichen Ordnungen... bislang weder ein historisches Vorbild, ein praktisches Beispiel noch hinreichende theoretische Erklärungsansätze“ gibt.²⁰ Von einer „Theorie der Transformationen“ dagegen spricht Wolfgang Zapf. Darunter versteht er nicht eine gesonderte Transformationstheorie, sondern die spezielle Anwendung der Modernisierungstheorie. Zwei Prämissen werden von Zapf gesetzt: zum einen bezeichne „Transformation... Modernisierungsprozesse, die sich von der evolutionären Modernisierung dadurch auszeichnen, daß das Ziel bekannt ist: Die Anpassung an die Institutionen moderner Gesellschaften mit Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft, Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat“; zum anderen gebe es zum „Modell der nachholenden Modernisierung und zum Modell der modernen Gesellschaft... nach wie vor keine politisch durchschlagkräftige Alternative“.²¹ Hierzu eine Anmerkung: Zwar mag es aus der Rationalität unserer westlichen Zivilgesellschaften keine überzeugende theoretische Alternative geben, daß es jedoch im Osten zu diesen Modellen keine politisch durchschlagkräftigen Gegenprojekte geben soll, bleibt eine unbewiesene Behauptung, wenn man die Vielzahl und Stärke antimoderner und antidemokratischer Bewegungen betrachtet.

Mit den verschiedenen Vorstellungen über den ökonomischen Transformationsprozeß hat sich Andreas Pickel auseinandergesetzt. Danach enthält die „orthodoxe Formulierung des Problems ökonomischer Reformen“ in aller Regel drei Grundannahmen: 1. das Ziel in den post-kommunistischen Ländern sei der Übergang von einem ‘System’ zu einem anderen; 2. das Wissen über die wichtigsten Komponenten des ‘Marktsystems’ sei vorhanden; 3. generelle Strategien bezüglich konkreter ökonomischer Reformmaßnahmen ließen sich aus den beiden ersten Annahmen ableiten. Pickel hat demgegenüber das Problem reformuliert. Seine Grundannahmen lauten: 1. die osteuropäischen Länder befinden sich nicht in einem ‘System’-Übergang, sondern durchlaufen einen „offenen Transformationsprozeß zu einer neuen sozio-ökonomischen Ordnung“; 2. es besteht „kein Fundus von Expertenwissen, der es uns erlauben würde, das Problem ökonomischer Reform auf ein technisches Problem zu reduzieren“; 3. technokratisches Vorgehen sei daher verfehlt, die Vorge-

20 Rolf Reißig, Transformationsprozeß Ostdeutschlands - Entwicklungsstand - Konflikte - Perspektiven, in: Ders. (Hrsg.), Rückweg in die Zukunft. Über den schwierigen Transformationsprozeß in Ostdeutschland, Frankfurt/New York 1993, S. 12.

21 Wolfgang Zapf, Zur Theorie der Transformationen, in: BISS public, Heft 13, Berlin 1994, S. 5. Zapf faßt den Begriff der modernen Gesellschaft sehr breit und meint, daß es dazu „schon auf der semantischen Ebene... keine Konkurrenz“ gebe: „Nicht Risikogesellschaft, nicht Erlebnisgesellschaft, nicht mehr postindustrielle, postmoderne Gesellschaft oder Informationsgesellschaft. Subtile Unterscheidungen wie reflexive Modernisierung, ökologische Modernisierung, doppelte Modernisierung sind per definitionem nur Variationen der westlichen Modernisierung, zumeist mit dem moralischen Unterton, etwas Besseres zu machen.“

hensweise einer generellen Reformstrategie müsse „graduell, partiell und pluralistisch sein“.²²

Diese Vorstellung von einem wirtschaftlichen Transitionsprozeß in Osteuropa ist meines Erachtens auf die politischen Wandlungsprozesse in diesen Ländern auszudehnen. Die Annahmen lauteten dann: Erstens, die Transition ist ergebnisoffen. Die Etablierung demokratischer Verhältnisse mag die aus unserer Sicht wünschenswerte Option sein, sie ist aber nicht die allein mögliche Variante. Zweitens, die Kenntnisse von den Chancen einer erfolgreich demokratischen Transition sind begrenzt. Die Erfahrungen aus Südeuropa (Spanien, Portugal, Griechenland) und Lateinamerika sind nur eingeschränkt auf Osteuropa anzuwenden. Drittens, die Schaffung und Verstetigung der neuen demokratischen Verhältnisse, wenn sie denn gelingt, kann nur in einem schrittweisen, graduellen Prozeß erfolgen.

Die Dilemmata der post-realsozialistischen Transition sprechen zusätzlich für Zurückhaltung bei makrogesellschaftlicher Theoriebildung:

1. Das soziostrukturelle Dilemma bei der Rekonstruktion von Staat, Macht und politischem System. Die Verhältnisse des Realsozialismus haben die Gesellschaft (die eher eine eigenartige Form von Gemeinschaft war) in vielem atomisiert und egalitär geformt. Für das politische Institutionengefüge hat dies zur Folge, daß es nicht oder nur bedingt soziostrukturell verankert ist. Ralf Dahrendorf meinte dazu schon 1990: „Die Schlüsselfrage ist, wie die Leere zwischen dem Staat und dem Volk... gefüllt werden kann durch Formen des Zusammenwirkens, deren Autonomie soziale Quellen der Macht schafft. Bevor das erreicht ist, werden die Verfassung der Freiheit und auch die Marktwirtschaft, sei sie sozial oder mit anderen Adjektiven versehen, in der Luft schweben.“²³ Diese Gesellschaft strukturiert sich politisch in hohem Maße auf einer ideologischen oder kulturellen Ebene.²⁴ Das hat zur Folge, daß das politische und Parteiensystem sich noch in einer Gründungsphase befindet, die nur zum Teil interessengeleitet erfolgt.

2. Das innere wirtschaftlich-politische Dilemma der Transition. Die in der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur untersuchten Fälle erfolgreicher Modernisierung verweisen darauf, daß Demokratie und Marktwirtschaft im Grunde nie und nirgends gleichzeitig eingeführt wurden. Auch bei den oben genannten Gruppen erfolgreicher Demokratisierung (nach 1945, Südeuropa) handelte es sich um Gesellschaften vorhandener marktwirtschaftlicher Voraussetzungen.²⁵ Insofern hängt

22 Andreas Pickel, Ökonomische Transformation und politische Ordnung, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 2/1994, S. 98ff.

23 Ralf Dahrendorf, Betrachtungen über die Revolution in Europa, Stuttgart 1990, S. 99/100.

24 Vgl. Leonid Ionin, Von der mono- zur polystilistischen Kultur, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 6/1992.

25 Vgl. Claus Offe, Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa, in: Merkur, Heft 4/1991.

die Schaffung marktwirtschaftlicher Verhältnisse, gar privater Eigentumsverhältnisse zumal in der Großindustrie, in einem gleichsam leninistischen Sinne von einem Primat der Politik ab. Die Privatisierung ist Feld scharfer politischer Auseinandersetzungen. Aus der Sicht des Kapitalverhältnisses ist es gleichgültig, ob der Kapitaleigner zuvor englischer Pirat, süddeutscher Herrscher oder aber kommunistischer Parteifunktionär bzw. intellektueller Dissident war. Ob sich - aus welchen Quellen auch immer - ein starkes Unternehmertum herausbilden kann, hängt von mehreren Faktoren ab: der soziokulturellen Akzeptanz des Kapitalverhältnisses, der politischen Stabilität und Berechenbarkeit, der Formulierung klarer Rechtsverhältnisse und vor allem von deren konsequenter Durchsetzung. Unumgänglich ist, daß - unabhängig von den Eigentumsformen der Wirtschaftsakteure - die marktwirtschaftlichen Spielregeln (Wettbewerbsrecht, Kartellrecht, Insolvenzrecht) klar sind und verlässlich funktionieren. Wichtig ist außerdem, daß die Wirtschaftspolitik stimulierende Rahmenbedingungen setzt und vor allem ein Höchstmaß an Geldwertstabilität gewährleistet. Solange diese Bedingungen nicht geschaffen worden sind und sich in Selbstgewißheit der Akteure niedergeschlagen haben, werden viele im Transitionschaos reich Gewordene eher das rasche Geld als die langfristige Investition suchen. Dies wiederum befördert mafiotische Strukturen, etwa in den ehemaligen Sowjetrepubliken.

3. Das Dilemma des gegen-modernen Erbes. Der Realsozialismus als Gegenmoderne bedeutete, daß einerseits wichtige Attribute der Moderne vorhanden waren (Arbeitsgesellschaft, Industrialisierungsgrad, Urbanisierung, hohes Bildungsniveau), diese andererseits aber nicht Resultat autonomen Handelns der Bürger waren, sondern als Ergebnis der staatlich gelenkten Vergemeinschaftung erschienen. In der politischen Kultur Osteuropas bleibt so eine tendenziell hohe Erwartung in die Pflichten des Staates im Bereich von Wirtschaft und Sozialem erhalten, die höher liegt als im Westen. Regierungen, Parteien und Politiker, die sich dem zu entziehen versuchen, laufen rasch Gefahr, abgewählt zu werden. Die Wahlergebnisse in Polen und Rußland 1993 sowie Ungarn 1994 verweisen auf Mehrheiten, die für eine graduelle, sozial abgefederte wirtschaftliche Transition eintreten, die dann wiederum als Bedingung für den Erfolg der Demokratisierung in Erscheinung tritt.

4. Das Dilemma des internationalen Kontextes der Transition. Zum ersten erfolgt der Wandel unter einem starken Druck exogener Faktoren - westlicherseits projizierte Zielvorstellungen, die Ausstrahlungskraft des uneinholbar scheinenden abendländischen Erfolgsmodells, die aus materieller wie konzeptioneller Hilfe erwachsenden Erwartungen. Zum zweiten vollzieht sich die Transition in einem Raum, in dem sich die sicherheitspolitischen Verhältnisse und strategischen Orientierungen nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums neu zu ordnen beginnen. Dieser Prozeß korreliert natürlich mit den innenpolitischen Auseinandersetzungen und beeinflußt damit auch gesellschaftliche Zielstellungen. Ein weiteres Problem besteht darin, daß die Demontage des Realsozialismus auch unter der Losung: „Zurück nach Europa“ erfolgte. Jetzt erweist sich die Anbindung an die Insti-

tutionen der (west-)europäischen Integration als schwierig und langwierig, was aus osteuropäischer Sicht nicht nur die Solidarität der reichen Nachbarn, sondern auch die Attraktivität des westeuropäischen Modells als Modernisierungsziel in Frage stellt. Hinzu kommt, welchen Platz Osteuropa in der heutigen Weltwirtschaft finden kann, die durch die Übermacht und Konkurrenz der drei Zentren in der „Triade“ geprägt ist.

Wandel politischer Verhaltensmuster?

Die Analyse der ersten freien Wahlen in den Ländern Osteuropas zeigt, daß sie um eine Linie für oder gegen die Fortsetzung der realsozialistischen Verhältnisse polarisiert waren. Es wurden mehrheitlich diejenigen Kräfte gewählt, die für den akzentuierten Wechsel des politischen und Gesellschaftssystems eintraten (die CDU in der DDR, Solidarnosc in Polen, das Ungarische Demokratische Forum). Die zweiten regulären Wahlen in Polen und Ungarn haben post-realsozialistischen Parteien Mehrheiten gebracht. Die Polarisierungslinie heute ist offenbar eine andere. Sie verläuft politisch-wertorientiert zwischen Vertretern national-konservativer Positionen und Gemäßigten, bezogen auf die Transition des Gesellschaftsgefüges zwischen Befürwortern rascher Wirtschaftstransition und Anhängern sozialer Abfederung und hat mit der Situation zur Zeit des realsozialistischen Zusammenbruchs wenig gemein. Offensichtlich hat sich, nachdem die Gefahr eines Rückfalls in kommunistische Verhältnisse endgültig gebannt zu sein scheint, ein rationaler Wähler durchgesetzt, der die Parteien unabhängig von ihrer Vergangenheit nach ihren (realen oder unterstellten) Kompetenzen in Bezug auf die drängenden Transitionsprobleme bewertet.

* * *

Die Frage nun, für die theoretische Analyse wie für die Konzeptualisierung empirischer Arbeiten, ist wohl, ob der Transitionsprozeß in den osteuropäischen Ländern überhaupt als ein weiterhin in einer klar deutbaren Richtung verlaufender auszumachen sein wird, oder ob er eher einer Wellenbewegung gleichkommen wird, zwischen mehreren Polen, die ihrerseits erst wissenschaftlich zu orten sind.